

Kambodscha

FIAN, andere Mitglieder des Forum Menschenrechte
(in Zusammenarbeit mit Stiftung Asienhaus)

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Die Menschenrechtslage in Kambodscha hat sich im Jahr 2025 dramatisch verschärft. Nach einem bewaffneten Grenzkonflikt zwischen Kambodscha und Thailand Ende Juli 2025 steht das Land vor einer schweren politischen, humanitären und wirtschaftlichen Krise. Der fünftägige militärische Konflikt führte zu Dutzenden Toten, etwa 400.000 Vertriebenen auf beiden Seiten der Grenze und zur Rückkehr von mehr als 800.000 kambodschanischen Arbeitsmigrant:innen aus Thailand. Die kambodschanische Regierung hat weder ausreichende humanitäre Hilfe noch Schutzmaßnahmen für die Vertriebenen bereitgestellt, internationale Hilfsorganisationen stoßen an ihre Grenzen.

Die innenpolitische Situation ist geprägt von wachsender Repression und einer weiteren Aushöhlung demokratischer Freiräume. Unter dem Vorwand der „nationalen Sicherheit“ hat die Regierung die Grenzkrise genutzt, um Kritiker:innen mundtot zu machen und eine beispiellose Gesetzesverschärfung voranzutreiben. Im Juli und August 2025 wurden entsprechende Verfassungsänderungen und eine Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes verabschiedet. Dadurch kann Bürger:innen die kambodschanische Staatsbürgerschaft entzogen werden, insbesondere jenen, die als „staatsfeindlich“ oder „verräterisch“ gelten. Menschenrechtsorganisationen warnen, dass die vagen Formulierungen dieser Bestimmungen zur willkürlichen Anwendung gegen Oppositionelle, Journalist:innen und Aktivist:innen führen könnten.

Politische Lage und Repression

Kambodscha bleibt de facto ein Einparteiensstaat. Die regierende Cambodian People's Party (CPP) unter Premierminister Hun Manet und Senatspräsident Hun Sen duldet keine politische Konkurrenz. Seit der erzwungenen Auflösung der wichtigsten Oppositionspartei 2017 hat keine glaubwürdige Wahl mehr stattgefunden. Auch 2024 und 2025 wurden führende Oppositionspolitiker:innen verfolgt, inhaftiert oder ins Exil gedrängt. Im Januar 2025 wurde der ehemalige Oppositionsabgeordnete Lim Kimya in Bangkok ermordet.

Zahlreiche Mitglieder der Candlelight Party sowie ihrer Nachfolgeparteien Khmer Will Party (KWP) und Nation Power Party (NPP) sitzen in Haft oder stehen unter Anklage. Der Präsident der Candlelight Party, Teav Vannol, und mehrere führende Mitglieder haben ihr Eigentum verloren. Vizepräsident Thach Setha verbüßt eine dreijährige Haftstrafe; NPP-Funktionär Eam

Ravuth wird der Majestätsbeleidigung beschuldigt; Ex-NPP-Präsident Sun Chanthy wurde wegen politischer Äußerungen zu zwei Jahren Haft verurteilt. Über 80 politische Aktivist:innen, darunter neben Politiker:innen auch Umweltaktivist:innen, Journalist:innen, Gewerkschaftsvertreter:innen, Land- und Menschenrechtsaktivist:innen, sind weiterhin in Haft.

Angriffe auf Zivilgesellschaft und Medien

Die zivilgesellschaftlichen Freiräume sind derart eingeschränkt, dass mittlerweile von ‚closing space‘ gesprochen wird. Die kritische Zivilgesellschaft steht 2025 am Rande des Zusammenbruchs. NGOs und Menschenrechtsorganisationen leiden unter dem Rückgang internationaler Unterstützung und sind gezielten staatlichen Repressionen noch schutzloser ausgesetzt. Wer sich weigert, sich selbst zu zensieren, zahlt dafür oft einen hohen persönlichen Preis.

Die Umweltorganisation Mother Nature Cambodia, Trägerin des Right Livelihood Awards 2023, bleibt besonders betroffen. Zehn Aktivist:innen wurden bereits 2024 zu sechs bis acht Jahren Haft verurteilt. Fünf von ihnen befinden sich weiterhin in unterschiedlichen Gefängnissen in Haft. Der Oberste Gerichtshof verweigerte im Mai 2025 erneut ihre Freilassung auf Kautions.

Weitere prominente Fälle zeigen die systematische Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Akteure: der Direktor von Equitable Cambodia sieht sich aufgrund seines Engagements in Landkonflikten haltlosen strafrechtlichen Vorwürfen ausgesetzt, nachdem er 2024 wegen angeblicher Anstiftung zu einem Verbrechen und Störung der öffentlichen Ordnung angeklagt worden war; die Arbeiterrechtsorganisation CENTRAL steht weiterhin unter Druck, nachdem sie 2024 einen kritischen Bericht über Arbeitsrechte veröffentlicht hatte; Koet Saray, Vorsitzender der Studierendenvereinigung KSILA, sitzt seit April 2024 in Haft, im Oktober 2025 wurde ihm die Freilassung auf Kautions vom Obersten Gerichtshof verweigert und damit die Entscheidung des Berufungsgerichts Phnom Penh vom Juli 2025 aufrechterhalten; Ny Nak, der auf Facebook zu sozialen und politischen Fragen Stellung bezieht, verbüßt eine zweijährige Haftstrafe wegen Äußerungen zu Landvergabe; Ouch Leng, Träger des Goldman Environmental Prize, floh 2024 ins Ausland, nachdem er unter Druck gesetzt wurde, sich der Regierungspartei anzuschließen.

Auch Journalist:innen sind massiver staatlicher Repression ausgesetzt. Die Lage der Pressefreiheit wird von Reporter ohne Grenzen mittlerweile als „sehr ernst“ eingestuft, Kambodscha liegt im Länderindex der Organisation auf Platz 161 von 180. Ende 2024 wurde der Umweltjournalist Chhoeung Chheng umgebracht, der erste Mord an einem Medienschaffenden seit 2014. Viele Medienschaffende zensieren sich selbst, aus Angst vor Repressionen. Informationen über Missstände von lokaler Ebene gehen zurück, da Projekte mit Community-Journalist:innen durch den Wegfall der US-Förderung zurückgefahren wurden.

Landkonflikte und Gewalt

Landkonflikte nehmen wieder drastisch zu. Allein in den ersten vier Monaten 2025 wurden mehr als 2.000 Familien neu von Landraub betroffen. Besonders in den Provinzen Kratie, Preah Vihear und Stung Treng werden großflächige Landkonzessionen vergeben, die zu massiver Umweltzerstörung und Vertreibungen führen. In Preah Sihanouk wurde im Frühjahr 2025 ein Dorfbewohner nach einem Polizeiverhör von über 20 bewaffneten Männern ermordet; seine Gemeinde hatte sich gegen Landraub gewehrt. Eine ältere Frau, deren Haus

2024 von Sicherheitskräften niedergebrannt wurde, nahm sich wenige Tage später das Leben.

Wirtschaftliche Krise und Menschenrechte

Die Rückkehr hunderttausender Arbeitsmigrant:innen, der Verlust von Exportmärkten und hohe Verschuldung treiben viele Familien in existenzielle Not. Die US-Einführung eines 19 %-Zolls auf kambodschanische Waren hat die exportorientierte Textilindustrie schwer getroffen, in der rund eine Million Menschen beschäftigt sind. Die Regierung unternimmt keine ernsthaften Schritte zur Bekämpfung von Korruption, zur Verbesserung des Bildungs- oder Gesundheitswesens oder zur Entlastung der hochverschuldeten Bevölkerung. Die Mikrofinanzkrise, die schon seit Jahren zu schweren Menschenrechtsverletzungen führt, droht sich durch steigende Arbeitslosigkeit und die wachsende Verschuldung zu verschlimmern. Stattdessen profitieren politische Eliten von illegalen Menschenhandels- und Cyberbetrugsnetzwerken, die sich 2024 und 2025 landesweit deutlich verstärkt ausgebreitet haben. Zehntausende Opfer von Menschenhandel werden in diesen gefängnisähnlichen Einrichtungen festgehalten und zu Betrugsarbeit gezwungen.

Wir empfehlen der Bundesregierung:

Angesichts der alarmierenden Verschlechterung der Menschenrechtslage sollten das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Phnom Penh ihr Engagement zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen in Kambodscha in enger Zusammenarbeit mit EU und weiteren EU-Mitgliedsstaaten dringend zeitnah verstärken.

- d die kambodschanische Regierung öffentlich und deutlich, auch in den im November 2025 stattfindenden Regierungskonsultationen, aufzufordern, die Repression gegen Opposition, Zivilgesellschaft, Journalist:innen und Aktivist:innen zu beenden, politische Gefangene freizulassen und willkürliche Anklagen fallen zu lassen.
- die kambodschanische Regierung deutlich und öffentlich aufzufordern, administrative und gerichtliche Schikanen gegen kambodschanische Menschenrechtsorganisationen und deren Mitarbeiter:innen sofort einzustellen und deren Arbeit nicht zu behindern.
- ihre Unterstützung gefährdeter Menschenrechtsverteidiger:innen und inhaftierter Aktivist:innen durch die deutsche Botschaft in Phnom Penh zu intensivieren, Gefängnisbesuche durchzuführen und kurzfristige Schutzmaßnahmen wie Visavergabe für bedrohte Personen zu ermöglichen.

- gemeinsam mit EU-Partnern klarzustellen, dass eine Vertiefung wirtschaftlicher Beziehungen nur unter der Bedingung erfolgen kann, dass Kambodscha die Menschenrechte achtet, die Repression beendet und zivilgesellschaftliche Freiräume wiederherstellt.
- die kambodschanische Regierung aufzufordern, bestehende restriktive Gesetze, wie z. B. das Vereins- und Nichtregierungsorganisationen-Gesetz (LANGO) oder die Verfassungs- und Gesetzesänderungen zur Entziehung der Staatsangehörigkeit, aufzuheben.
- sich bei multilateralen und europäischen Finanzinstitutionen dafür einzusetzen, dass die Menschenrechtsverletzungen im Mikrofinanzsektor umfassend aufgearbeitet werden, inklusive Schuldenerleichterungen für betroffene Familien.